

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 809.

Mittwoch, 18. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 17. November. Nach dem Gesamtergebnisse der Wahlen zum Parlamente und den bisher vorliegenden Ergebnissen der Nachwahlen sind 271 der Rechten und 195 der Linken angehörige Kandidaten gewählt worden. Aus 42 Bezirken ist das Resultat noch nicht bekannt.

London, 17. November. Die Regierung hat die Ausbreitung und Ausföhrung einer Polar-Expedition beschlossen, welche aus zwei Dampfern bestehen und im kommenden Mai unter Segel gehen soll. Der eine Dampfer wird von Markham geführt.

New-York, 17. November. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge hat in Costa-Rica ein Aufstand stattgefunden, welcher indessen alsbald niedergeworfen wurde. Ueber die Ursache desselben verlautet, daß die Bewohner von Nicaragua und Salvador versucht hätten, Doanum Fernandez zum Präsidenten zu erheben. Die Insurgenten, welche sich vorübergehend des Hafens von Puntas-Arenas bemächtigt hatten, wurden zerstreut. — Aus Panama wird gemeldet, daß die spanischen Kanonenboote „Tornado“ und „Gerona“ gedroht hätten, Laguayra zu bombardiren.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung.

Berlin, 17. November, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Camphausen, v. Friesen, Geh. Rath Michaelis u. A., später Fürst Bismarck.

Das Gesetz über Markenshug wird in dritter Beratung definitiv genehmigt, worauf die gestern unterbrochene erste Beratung des Entwurfes eines Bankgesetzes fortgesetzt wird. In Bezug auf den Antrag der Abgeordneten Kaster, v. Minnigerode und Kist Sobenlohe-Langenburg (Verweisung der Vorlage an eine Kommission mit der Bestimmung, sie durch die Einrichtung einer Zentralbank zu ersetzen), liegt heute der Antrag des Centrums, Windthorst und Genossen, vor: „In Ermüdung, daß der Antrag der Abgeordneten Kaster und Genossen mit § 16 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung unvereinbar ist, geht der Reichstag über diesen Antrag zur Tagesordnung über.“

Abg. Kaster: Ich werde meine Betrachtungen auf das Bankwesen beschränken, nachdem der Zusammenhang dieser Frage mit der Münzreform und dem Metallmarkt von den gestrigen drei Reden zwar in sehr werthvoller und erschöpfender, aber in einer Weise erörtert worden ist, bei der der eigentliche Gegenstand der Verhandlungen etwas zu kurz gekommen ist. Der Meinung des Finanzministers, daß wir uns um eine Sache, nicht um einen Namen versammeln sollen, schließe ich mich an. Wir dürfen nicht an einem Stichwort haften bleiben, sondern müssen unsere letzten Gedanken offen aussprechen über eine Frage, in der nicht allein die Verständigung über Einzelheiten sehr schwer, sondern über die auch in maßgebenden Kreisen die Kenntniss der entscheidenden Stimmungen unvollkommen ist. Die beiden Minister haben gestern als den vermutlich schärfsten Punkt der Aufklärung der Vorlage die relative Kontingentierung bezeichnet und waren ganz erkennt, als sie Aeußerungen im entgegengelegten Sinne aus der Mitte des Hauses vernahmen. Und doch war ihre Meinung nur bestimmt durch einen vordringlichen Theil der Presse, der sich zugleich so weit verließ, jedem Menschen, der jetzt nur die Reichsbank auf die Tagesordnung bringt, als Gegner jedes Zustandekommens eines Bankgesetzes und beinahe als einen Reichsfeind zu markiren. (Sehr wahr!) Keine Regierung dürfte sich dadurch beeinflussen lassen und aus dieser Sprache die Meinung des Landes herauslesen. Gerade die Tendenz der Kontingentierung, der Beschränkung der Ausgabe unbedeckter Noten müßte als Gewähr für die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages zu dem Gesetze gelten. Die Frage aber, ob sie in Form einer festen Begrenzung der Ziffer oder einer Steuer durchzuführen werden soll, ist eine untergeordnete und ihre Lösung hängt weniger von abweichenden Anschauungen, als von den Umständen und Verhältnissen ab, an die der Entwurf anknüpfen mußte. Eine Klärung ist also zwischen uns nöthig und wir erreichen sie, indem wir genau sagen, was wir eigentlich wollen.

Der Herr Finanzminister hat uns gestern mit dem Ausdruck gewarnt, man habe jetzt nur das Stichwort gemeinhalt: während man früher gegen die Kontingentierung angekämpft habe, nenne man das Ding jetzt Reichsbank. Das ist so ein Nachklang aus den oben geschilderten Prejungenissen. Er hat aber bößlich hinzugefügt, daß er nicht glaube, daß hier im Hause dieselben Ansichten herrschen, denn hier habe man wahre Einsicht in Bankpolitik und bewege sich nicht in den befängenen Stimmungen der Bankiers und Geschäftskreise. Nun ich nehme diese Höflichkeit für vollen Ernst; denn wir thun unseren Besten, um die Zeit anzuwenden, um uns wieder von den befängenen Klüften der Geschäftswelt, der Bankiers, oder wie sie sonst bezeichnet worden sind, noch von den befängenen Klüften einer einseitigen Bankpolitik.

In unserem Antrage sprechen wir, soweit als dies mit der Geschäftsordnung vereinbar ist, deutlich aus, was wir wollen und wir haben diesen an sich zulässigen, wenn auch nicht gebührend, Weg deshalb gewählt, damit aus der ersten Diskussion eine übereinstimmende Meinung der Mehrheit des Reichstages klar hervortrete und die Regierung wisse, auf welcher Basis sie operiren könne. Wir haben den Entwurf nicht lediglich an die Kommission verweisen wollen, ohne die Begründung zu geben, warum wir dies thun, damit die Regierung wisse, daß wir im Großen und Ganzen mit denjenigen Tendenzen, welche gestern der Herr Präsident des Reichstagesamtes als leitende Gesichtspunkte des Entwurfs prästirt hat, zwar einverstanden, aber der Ansicht sind, daß ein gutes Gesetz nur in Verbindung mit einer Reichsbank zu machen sei. Die Tendenz, des Gesetzentwurfs besteht in der Abgrenzung der ungedeckten Banknoten, in dem Streben, so weit als möglich eine Gleichmäßigkeit in der Behandlung der Banknoten herbeizuführen, die Zeit auszubauen, in der die jetzigen Verhältnisse zu einer vollen einheitlichen Bankpolitik umgeleitet werden können und auch darin, daß ein sehr großes Bankinstitut zu Hilfe gerufen werde, um die Ausgleichung in unserer Geldpolitik herbeizuführen zu können. Nun tritt also in erster Linie die Frage hervor: welches ist denn die Reichsbank, welche ihr zur Ergänzung des Entwurfs für so notwendig haltet? In der Beantwortung dieser Frage hat gestern Herr Dr. Bamberger einen Ausdruck gebraucht, der seine Hin- und Herbewegung an die Sache vollständig bezeichnen sollte, der aber kaum

seinen Lippen entronnen, schon einen Erfolg gehabt hat, den Jeder hätte voraussehen können, der etwas von parlamentarischen Vorgängen versteht. Jeder nämlich, dem eine Reichsbank nicht gefallen mochte, fühlte sich zu einem „Ob!“ veranlaßt und daraus entstand ein allgemeines Gerausch, welches von dem nächsten Redner geschickt benutzt wurde, um einen Dissens des Hauses zu konstatiren. Das sind Entreflekt, die für den Augenblick dem warmen Gefühl der Hörer sehr viel Ehre machen, die aber in der Sache wenig entscheidend sind. Herr Abg. Bamberger hat aber vorausgesetzt, daß seine wahrhaft klassische Hodegetik in dieser Verhandlung, die Schrift, welche er zu diesem Zwecke publizirt hat, in erster Linie auch von den Abgeordneten gelesen worden ist. Diejenigen aber, welche diese sehr interessante Broschüre („Die Reichsbanken vor dem Reichstage“) gelesen haben, verstehen, was jener Ausdruck bedeutete. Wenn Herr Dr. Bamberger, ein in Finanzsachen doch nicht völliger Kenner, sagte: „Ich nehme jede Reichsbank an“, so meinte er gewiß nicht, jede Theilheit, die in dem Kopfe irgend eines unwillkürlichen Menschen entspringt, drückt aber dadurch aus, daß er sich erbiete, von vielen seiner Ansichten und auch von derjenigen, die er theoretisch für gerechtfertigt hält, doch bei der Einrichtung einer Reichsbank Abstand zu nehmen, weil er lieber will, daß im Einzelnen Fehler gemacht werden, als wenn die Grundlage in unheilbarer Weise verfehlt wird. Der Abg. Bamberger hat etwas sehr laze Prinzipien über die Kontingentierung, für mich sind sie viel zu laze. Hört man nun also, daß wir, die Antragsteller, uns mit Herrn Bamberger über eine Reichsbank vereinigt haben, so hat er fürchten müssen, daß die Gegner sagen: „Die sind ja gar nicht unter sich einig, der Eine meint eine in der Rollenaufgabe kontingentirte, der Andere eine nicht kontingentirte.“ Darauf hat der Abg. Bamberger erklärt, daß er die an sich etwas theoretisch jugelichte Frage bei Seite lassen und auf die Kontingentierung, wie sie unter Umständen möglich sein werde, eingehen werde, um die Reichsbank zu erhalten. (Abg. Bamberger giebt ein Zeichen der Zustimmung.) Der gestrige Ausdruck war also gar nicht so furchtbar, sondern hat seinen Zweck vollständig konsumirt für die Heiterkeit und den Unwillen, den er gestern erregt hat. Wir müssen aber allerdings volle Antwort auf die Frage geben, was wir unter Reichsbank verstehen, und beweisen, daß wir, die Urheber des Antrages, uns darüber klar gewesen sind und nicht etwa den unbestimmten Begriff einer Reichsbank gedacht haben, die vielleicht noch erst erfunden werden soll. Denn kein vernünftiger Mensch zweifelt daran, daß, wenn wir von einer Zentral-Bank sprechen, wir immer nur die Umwandlung der Preussischen Bank für das ganze Reich im Auge haben können. Ueber diesen Punkt sind wir von vorneherein einig. Es tritt nun die zweite Frage an uns heran, ob wir eine Monopolbank wollen. Generell ist diese Frage bereits in unserem Antrage beantwortet, nämlich dahin, daß wir die Zentralbank in Verbindung bringen wollen mit der Tendenz des vorliegenden Gesetzes, d. h. in Anlehnung an die thatsächlichen Zustände. Ganz dieselbe Anschauung hat aber auch der Abg. Bamberger hier vertreten und es ist mir ganz unerklärlich, wie der preussische Finanzminister das Entgegengesetzte annehmen und ihm die Tendenz supponiren konnte, er wolle alle Privatbanken unterdrücken und eine reine Monopolbank hergestellt wissen. Mit dem Wort Monopol wird offenbar Mißbrauch getrieben. Unter Monopol versteht man, daß jemand das Recht eingeräumt wird, mit einem Gegenstande zu handeln, mit dem eigentlich alle Welt handeln dürfen, wenn das Privilegium nicht vorhanden wäre. Man versteht aber nicht darunter, daß der Staat in einer gewissen Weise einen Theil seiner eigenen Staats- u. Hoheitsrechte durch ein bestimmtes Institut aufheben läßt. In dem ersten, richtigen Sinne ist ja die Preussische Bank eine Monopolbank; und es hieße vor Allem die Preussische Bank auflösen, wenn man einen anderen Standpunkt als den einer solchen Monopolbank einnehmen wolle. Nun führte der Finanzminister gegen uns das Argument vor, daß ja die liberale Partei selbst von jeher sich gegen eine solche Monopolbank erklärt habe; zuerst wurde das Jahr 1848 genannt und als mir das ein Bißchen zu alt war, sagte mir ein Unterstüßter des Finanzministers; 1856 habe die liberale Partei mit Hartort an der Spitze sich gegen das Monopol und für Bankfreiheit erklärt. Die liberale Partei hat sich aber seit dieser Zeit in ihren volkswirtschaftlichen Begriffen wesentlich mit dem ganzen Volke fortgebildet und ich erinnere dabei nur an das Wort des Reichstages, daß es einem Staatsmanne nicht zur Ehre gereicht, in 20 Jahren seine Ansichten nicht geändert zu haben. Schon 1865 war die liberale Partei nicht mehr einig in ihren Anschauungen über eine Staatsbank; denn Waldeck und Reichenheim gehörten zu ihren begeisterten Anhängern. (Auf: Wagner!) Wagner gehörte damals noch nicht zur liberalen Partei (Große Heiterkeit), während der Geh.-Rath Michaelis die Idee einer Staatsbank auf's Lebhafteste bekämpfte. Lassen wir uns also durch das Wort „Monopolbank“ nicht zu viel schrecken, es handelt sich gar nicht darum, ob eine solche Bank errichtet werden soll: wir beschäftigen sie schon in der gegenwärtigen Vorlage. Der Minister Delbrück hat aber weiter gefragt: will man eine reine Staatsbank, eine reine Privatbank oder ein gemischtes System? Wir haben aber in der That nicht diese theoretische Frage jetzt zu entscheiden. Die Anknüpfung an die Preussische Bank hat zunächst die Bedeutung, daß wir gewillt sind, diejenige gesunde Grundlage aufzunehmen, welche in der Wirklichkeit der Preussischen Bank sich bewährt hat. Ich bin daher auf's Höchste über die Waffe der Fragen erfreut gewesen, die die Vertreter der Regierung auf's Korn genommen haben, statt sich mit der Lösung der dringendsten und unmittelsbarsten Vorkläufe zu befassen. Ich habe mir auch ein anderes weises Wort des Ministers Delbrück gemerkt, nämlich, daß wir uns nicht beim Abschlusse des Vertrages auf allzu lange Zeit oder auf Ewigkeit binden dürften. Das ist auch meine Meinung, denn wir wollen keineswegs heute diese Frage vom theoretischen Standpunkte aus vollständig entscheiden, sondern es genügt uns, zu untersuchen, ob wir auf der gegebenen Grundlage zu dem Ziele gelangen können, auf welches wir lossteuern. Es ist daher ganz klar, welche Reichsbank wir meinen und es bleibt daher nur noch zu berathen, mit welchen Mitteln wir das Ziel erreichen können. Der Präsident des Reichstagesamtes hat auf die Schwierigkeiten verwiesen, die sich sofort der Behandlung dieser Frage entgegenstellen und die sich auf die Abfindung mit der Preussischen Bank, auf ihre Stellung zu den übrigen Banken mit Rücksicht auf ihre erworbenen Rechte und die Gewohnheiten des Verkehrs, auf die Auseinandersetzung mit dem preussischen Staate u. bezogen. Nun, m. H., die Motive sowohl, wie der Präsident des Reichstagesamtes gestehen zu, daß die Reichsbank sich mit diesem Gesetzentwurfe ganz und gar vereinigen läßt, der Herr Präsident hat nun darauf verwiesen, daß für dieses Jahr Schwierigkeiten vorhanden gewesen seien. Nun, meine Herren, die Auseinandersetzung mit der Preussischen Bank ist allerdings ein sehr erheblicher Punkt, ich behaupte aber, daß, wenn man mit gutem Willen und Gründen der Billigkeit auf beiden Seiten ans Werk geht, zur Bewältigung des Zahlungsmaterials ein paar tüchtige Kalkulatoren engagirt und bei der Verständigung auch politische Gedanken in die Waagschale wirft, die Aus-

einandersetzung mit dem preussischen Staate sehr leicht herbeizuführen ist. Bei der Frage der Entschädigung der Preussischen Bank, wird u. A. die Tilgung derjenigen Schuld, welche die Bank damals als Gegenfakt für ihre erreichte Kontingentierung übernommen hat, gewiß eine Rolle spielen. Es sind dies ca. 3 Millionen und einige Hunderttausend Thaler aus der Anleihe des Jahres 1856. Eine zweite Frage wird der Gewinn-Anteil bilden. Ich bin der Ansicht, daß man die Bankpolitik von vornherein in eine sehr scharfe Richtung drängt, wenn man nach irgend einer Richtung hin den jährlichen Gewinn als Hauptzweck dabei wälten läßt. (Sehr richtig!) So wie man bei der Bank den Vermögensrechner spielen will, ist man schon von dem richtigen Wege abgelenkt. (Sehr richtig!) Dann hat die Zentralbank gar kein Recht des Besehens mehr, dann ist sie statt einer öffentlichen Anstalt eine bloße Erwerbsgesellschaft. Wenn man aber auch solche Punkte in Erwägung bringt, so meine ich, daß man bei so schwer verständlichen Rechnungen zu dem zwar nicht sehr schönen, aber bei den Regierungen sehr beliebten Auskunftsmittel zur Herbeiführung von Ausgleichungen greifen kann, welches wir ja bei der Post ergriffen haben. Ich möchte aber den Herrn Vertreter der preussischen Regierung nebenbei auch daran erinnern, daß letztere gar nicht mehr Herr der Materie ist über die Kontingentierung der Preussischen Bank (Sehr richtig!) und daß wir das moralische Eigentum, für welches wir entschädigt werden sollen, nicht gar zu sehr veräußern dürfen, wozu Schriftsteller und Markenshugbedürftige immer so sehr geneigt sind (Heiterkeit). Ferner haben wir ja die Kündigung von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht und wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht gäbe, dann wäre die Preussische Bank so weit, daß sie im nächsten Jahre nicht für einen Pfennig Noten ausgeben wird. Natürlich wird es dahin nicht kommen. Wenn der Reichspunkt ermogelt wird, muß man aber auch daran denken, daß nicht die preussische Regierung, sondern das Reich Herr der Materie ist. Aber es geht noch ein Auskunftsmittel für Preußen, bei dem eine Belastung des Reiches ausgeschlossen ist; es können nämlich bei dem neuen Abschluß des Vertrages die Verhältnisse zwischen den Bankanteils-Inhabern und der preussischen Regierung sehr wohl verändert werden zum Vortheile des preussischen Staates. Denn es ist nicht nötig, daß die Bankanteils-Inhaber jetzt unbegrenzt Dividenden bis zu 12, 14 oder gar 20 Prozent ziehen wollen. Ich habe mehrfach mit Kaufleuten und Bankanteils-Inhabern gesprochen, die wohl mit sich zu Rathe gegangen, ob sie das Papier verkaufen sollten, und als sie sich erkundigt hatten und die Gesährungen von beiden Seiten hörten, zulezt zu dem Entschlusse kamen, daß, wenn die Bankakte auch nur so geregelt würde, daß sie später nur 8 Prozent erhalten, es sich doch nicht lohnen würde, das Papier zu verkaufen; und diese Herren sind gewiß gerade so gute Rechner, wie irgend ein Finanzmann. Wenn aber wirklich bei der Entscheidung ein Anfall von irgend welcher für einen Staat doch immerhin nicht so bedeutenden Summe für Preußen eintreten sollte, nun, Preußen hat wirklich schon so viel für das Reich gethan — wenn Sie beispielsweise beim Invalidenfonds die Differenz annehmen, was von Preußen und was vom übrigen Deutschland an Invaliden gestellt worden ist — daß, wo so viel Blut zu Gunsten der allgemeinen Einheit Deutschlands in die Waagschale geworfen ist, es auf ein paar Hunderttausend Thaler nicht ankommen kann. (Beifall.) Beim preussischen Abgeordnetenhaus wird die Umwandlung der Preuss. Bank auf der von uns befürworteten Grundlage zumal mit dem Zusatz einer billigen Entschädigung sicherlich die Zustimmung einer großen Mehrheit finden selbst dann, wenn Preußen zunächst einen Ausfall in seinem Gewinnantheil erleiden sollte. Es bleiben dann nur noch die andern deutschen Regierungen übrig. Aber wenn wir erst so weit sind, daß wir wissen, das Hinderniß liegt allein bei den anderen deutschen Regierungen, dann haben wir unsere Sache schon so gut wie gewonnen. Was ich an dieser Vorlage für so sehr bedauerlich halte, ist, daß sie uns in Dingen, in denen es sich um die Einheit des Reiches, um Förderung der Verkehrseinheit handelt, nicht die Leitung der preussischen Regierung bietet, daß die preussische Regierung eingewilligt hat, partikularistische Gelüste noch mit Entschädigung abzufinden. Es tritt dies in besonderem Maße Balten gegenüber hervor, welchem das Recht einer größeren Notenemission gegeben wird, und zwar auf Anlage der Rechnung nach der Kopfsahl. Darf denn wirklich bei Erwägung der Ausgabe von Banknoten die Kopfsahl entscheidend sein? Das ist ein Moment, welches die Sache äußerlich deckt, aber nicht innerlich. Aber ich table das ganze Prinzip, daß man auf diese Einzelabfindung eingegangen ist. Das nenne ich eine partikularistische Politik, die uns in allen Punkten mehr eine zersetzende Kraft, als eine vereinigende einführt und wenn irgend wo eine solche Politik schädlich angebracht ist, so ist es bei der Frage um die Verkehrsmittel. Denn ich habe die Hoffnung, daß diese Frage mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung nicht einmal im Zentrum prinzipielle Gegner finden wird. (Widerpruch im Centrum.) Daß Einzelne von Ihnen widersprechen werden, beweise ich ja nicht, aber daß da, wo die Verkehrsinteressen auf der einen Seite und die Last, das Reich nicht allzusehr einseitlich zu gestalten, auf der anderen, da gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß wir auch von Ihrer Seite für die erlangte Alternative Anhänger finden werden. Nun sagt der Finanzminister: Man hat mir keine Vergleichsangebote gemacht. Ich verstehe ganz wohl, wenn bei einem Gutekaufe sowohl Käufer als Verkäufer jeder auf das erste Gebot des anderen warten (Heiterkeit); in der Finanzpolitik aber kann ich diese Schlichterheit nicht ganz am Platze finden, denn hier handelt es sich um die Interessen des Landes, und hat man sich in einem Vorlage geirrt, so erkennt man das gern an und nimmt unannehmbarere Propositionen zurück. Mir wäre es in der That viel lieber gewesen, der preussische Finanzminister hätte aufgetreten und sagen können: ich habe das Angebot gemacht und wollte die Preussische Bank auf billigen Grundlagen in eine Reichsbank umwandeln lassen. Ich zweifle, ob er dann wirklich heftigen Widerstand gefunden hätte, und wenn dies dennoch der Fall gewesen wäre, so wäre er hier im Hause übermunden worden. Aber aus gegenseitiger Zurückhaltung die bei jeder Bankgesetzgebung fundamentalsten Fragen nicht einmal in Erwägung ziehen, das scheint mir nicht eine Politik zu sein, bei der das Reich bestehen kann. Nun sagt aber der Finanzminister — und darin scheint mir materiell der Grund seiner Politik zu sein — wir haben gar keinen Grund zu dieser Maßregel, denn wir haben bereits die Zentralbank, die Sie einsetzen wollen, in der Preussischen Bank. Er führt in seiner Rede aus: die Preussische Bank wird als Reichsbank auch nicht ein Fota mächtiger, sie hat bereits ihren ganzen Wirkungsbereich. Wenn dieser Satz, was ich bestreite, richtig wäre, so würde Preußen noch ein viel größerer Vorrath treffen, nämlich der, daß Preußen seinen Nutzen außer Deutschland zieht und nicht in ihm. (Zustimmung.) Aber man braucht nur die Regierungsvorlage zu lesen, um zu sehen, daß die Preussische Bank in vielen Punkten geschädigt wird durch die Fesseln, in die sie gefangen wird, dieselbe bleibt, wenn sie nicht Reichsbank wird, territorial beschränkt auf den Raum, auf dem sie gegenwärtig zugelassen ist. Der Finanzminister hat zwar darauf hingewiesen, daß auf den Antrag einer beliebigen Regierung

sofort eine Bankkommandite in ihrem Gebiete errichtet werden könne, aber das scheint doch mehr ein Scherz als etwas Anderes: Lappe-Detmold, das eine Notenbank nicht bekommen hat, würde vielleicht einen solchen Antrag stellen; daß aber die anderen Staaten sich mit einem solchen Antrage beilegen sollten, wird ein praktischer Finanzmann kaum annehmen. Durch die Beengung der Preussischen Bank erleiden aber auch die Gesetzgeber Schaden: wir sind gar nicht mehr in der freien Situation, eine dem allgemeinen Interesse entsprechende Bankpolitik zu treiben. Sie legen der Preussischen Bank die Zwangsjahe an, dadurch, daß sie sie in ein Gesetz hineinpassen, welches für die übrigen kleinen Banken auch passen soll. Solche gesetzgeberischen Kunststücke sind aber nicht zu lösen, wenn ich auch annehme, daß man in den Bestimmungen der §§ 17-22 im Auge gehabt hat; die Preussische Bank bestreben zu lassen und doch die übrigen Banken genügend einzuschränken und so ein elastisches Netz gezogen hat, durch das bald ein großer, bald ein kleiner Fisch hindurch gehen soll. Aber bei alledem ist die beabsichtigte Lösung der Aufgabe unmöglich. Lassen Sie mich nun noch einmal die so ungemein wichtige Frage der Kontingentierung vorbringen. Ich halte die hier aufgenommene relative Kontingentierung der gegenwärtigen Vorlage durchaus entsprechend. Diese Form ist eine ingeniöse Idee, die sich aber in der Praxis noch nicht bewährt hat. Warum aber sind Sie nicht auf eine feste Kontingentierung gekommen? Einfach weil dieselbe den kleinen Banken gegenüber nicht anbringbar war. Sätten Sie eine Reichsbank vor sich, so wären alle diese Unzulänglichkeiten nicht nötig gewesen, denn Sie brauchen dann nicht die Grenze einer nach Zahlen kontingentierten Summe. Eine feste Kontingentierung läßt sich aber nur mit einer unter staatlicher Autorität stehenden Bank vereinigen. Das Gesetz bestimmt dann die Grenze, bis zu welcher die Administration ungedeckte Noten ausgeben darf, während im äußersten Notfalle die Ueberschreitung der Grenze unter der Verantwortlichkeit des Ministers zu erfolgen hat, vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsvertretung. Das versteht man im modernen Sinne unter Kontingentierung, und niemals ist die Bezeichnung anders verstanden worden. Deswegen ist auch gleichgültig, ob Sie für Gemüthliche, die mehr besorgt sind, die Obergrenzungsklausel hineinschreiben oder nicht. Aber diese Fragen sind gar nicht zu lösen, wenn die Preussische Bank wirklich Preussische Bank bleibt und in dem übrigen Deutschland nicht wirkt, oder Nebenkommanditen hat, so ist die Folge davon, daß, wenn einmal eine große Reichsbank eintritt, die Verwaltung der Preussischen Bank zunächst die Interessen Preußens in Betracht ziehen muß. Und wenn die Preussische Bank, wie der Herr Minister Camphausen sagte, schon jetzt die Macht hat, den ganzen deutschen Geldmarkt zu beherrschen, so ist die Folge davon, daß sie mit den Millionen, welche der deutsche Geldmarkt ihr gewährt, in Zeiten der Noth wahrlich zunächst Preußen die Mittel zumenden wird. Und das ist eine größere Schädigung für das Reich, als die 2 bis 300,000 Thaler, welche erspart werden können, wenn der Verkäufer abwartet, bis ihm ein Gebot gemacht wird. Wenn also auf Grundlage einer billigen Entschädigung die Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank ohne große Schwierigkeiten zu erreichen ist, so fragt man sich, warum die Regierung diese Maßnahme nicht ins Auge gefaßt hat. Der Herr Präsident des Reichstages sagte, die Reichsbank sei auch dem Reichstagskanzleramt sehr sympathisch gewesen, indessen ließen sich die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht so schnell überwinden, daß jenes Institut schon jetzt in das Gesetz, welches in dieser Session durch erlassen werden soll, aufgenommen werden konnte. Ich warne Sie aber, ein Bankgesetz zu machen, bei welchem Sie jetzt schon in Aussicht nehmen, daß es nur wenige Jahre Gültigkeit haben soll. Nachdem uns das Loos zugefallen ist, das deutsche Reich aufzurichten, müssen wir uns auch gefallen lassen, daß wir in allen unseren persönlichen gesellschaftlichen und öffentlichen Verhältnissen sehr lebhaftes Erschütterungen erfahren und unter Umständen diesen unendlichen Vorthellen gegenüber auch Nachteile, welche verganglicher Natur sind. Aber häufen wir nicht selbst untergeordneter Gesichtspunkte wegen diese Opfer! Regieren wir unsere Bankverhältnisse doch so, daß endlich ein Definitivum vorhanden ist. Zwei Monate etwa dürften hinreichen, um alle beteiligten Parteien zu gewinnen und selbst ein förmliches Votum des preussischen Landtages herbeizuführen. Und wenn man, nachdem dieses Gesetz bei uns vollständig abgeschlossen ist, uns um das Gesetz zu Stande zu bringen, auch auf ein oder zwei Tage zu einer dritten Lesung einberufen sollte, so würden gewiß alle Mitglieder des Hauses gern die Reise machen. Ich halte mich an das gute englische Sprichwort: „Wo ein Wille vorhanden ist, ist auch ein Mittel vorhanden.“ Ist auch ein Weg vorhanden.“ Jetzt sind wir noch Herren der Preussischen Bank gegenüber, ist aber dieses Gesetz einmal erlassen, so haben wir auf 12 Jahre die Entscheidung aus den Händen gegeben. (Sehr richtig.) Und was zehn, zwölf Jahre in dem Leben eines eben neu und kräftig sich entwickelnden Reiches bedeuten, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Ich kann nicht leugnen, daß ich in dem Wege, den diese Vorlage einschlagen hat, den Mangel einer fest zusammenhängenden Reichsfinanzpolitik gefunden habe, nicht durch die Schuld der Personen, sondern der Umstände, daß die Mitglieder des Bundesrathes und die Vertreter der Regierungen stillschweigend nebeneinander hergehen und wichtige Fragen der Reichspolitik gar nicht diskutieren. Hat doch selbst der alte Bundesrath mindestens über die Sache diskutiert; er ist zwar nie fertig geworden, während hier Anregungen schon der Anfang der Lösung der Aufgabe sind; um so wichtiger ist also die Pflicht eine Anregung zu geben, welche zur richtigen Lösung führen muß.

Vor Allem darf sich die Erkenntnis des Bankbankwens niemals von der höchsten Höhe des Staatsbegriffs lösen, der im Reiche das Reich ist. Jetzt haben wir auseinanderbrechende Geldoperationen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, wird eine Geldoperation von der preussischen Regierung in Verbindung mit der Seehandlung betrieben, eine andere Finanzpolitik wird getrieben von den Vertretern des Reiches im Reichskanzleramt mit den Geldern des Reiches und eine dritte Politik treibt die Preussische Bank. Das sind also drei völlig neben einander gehende große Geldinstitute, drei Geldmächte ersten Ranges. Ist ein solcher Zustand haltbar? Wollen Sie nicht danach streben, eine Institution zu erhalten, welche alles dies in sich fassen kann, ein Reichsfinanzministerium, eine Reichsverwaltung, eine Reichsbank, welche die Kräfte des ganzen Reiches zusammenzufassen weiß? Nach meiner Meinung darf weder die preussische Regierung noch das Reich in seiner Kasse Geld haben; die Gelder müssen sich dahin sammeln, wohin sie gehören. Nach meiner Ueberzeugung wird es, sobald wir eine Reichsbank haben, sofort in Betracht zu ziehen sein, daß dieselbe die Verwaltung übernimmt, sowohl für das Reich, wie für jeden Staat, der bei ihr ein Konto führen will, wie dies in England der Fall ist.

Alle solche Gedanken können Sie an eine Reichsbank anknüpfen; Sie erreichen sie aber niemals, wenn Sie eine Preussische Bank als Zentralbank für sich bestehen lassen. Befreien wir uns von diesen Fesseln so schnell als möglich. An eine Kommission muß die Vorlage verwiesen werden, weil sehr viele Einzelheiten der gründlichsten Erwägung bedürfen. Schließen wir aber die erste Beratung so ab, daß die Regierung Klarheit erhält, auf welcher Grundlage sie eine Verständigung mit dem Reichstage erzielen kann und dann werden wir diese Frage — eine der wichtigsten, welche gegenwärtig das deutsche Reich beschäftigen und das deutsche Volk angehen — in großen Zügen lösen können, in den Zügen einer großen Politik und nicht überall behindert werden durch kleine Biffen und kleine Rücksichten (Beifall).

Abg. Schröder-Pippstadt (Zentrum): Der Vorredner hat dem Schatzkanzler der Reichsbank wenigstens etwas mehr Leben gegeben, als es bisher geschehen ist, er hat gesagt, daß die Preussische Bank in die Zentralbank umzuwandeln werden soll. Ich kann aber den Verdacht nicht unterdrücken, daß diese positive Erklärung auch wohl den Zweck hatte, dem stark erschütterten Standpunkt der gestrigen Rede des Abg. Bambergers wieder aufzuhelfen. Warum hält man erst eine zweifelhafte Rede und läßt den Finanzminister eben so lange reden, und tritt mit einer solchen Erklärung erst heute hervor? Rückwärts soll mit der Zeit des Reichstages umgeben heißt das jedenfalls nicht. Ich will die Sache nicht auf das Feld der hohen Reichspolitik spielen, wie die Abg. Lascher und Bamberger es gethan haben, sondern sie nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachten. Die Gesetzesvorlage beabsichtigt

zunächst eine erhebliche Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes durch Einführung einer Steuer von fünf Prozent, sobald derselbe eine gewisse Summe übersteigt. In Wirklichkeit wird eine solche Steuer der Reichskasse gar nicht zufließen, denn der Umlauf ungedeckter Noten wird sich bald auf in Aussicht genommenen 300 Mill. Mark beschränken. In den Jahren 1867-68 betrug der durchschnittliche Umlauf ungedeckter Noten 683 Millionen Mark. Wenn dieser Betrag auf 300 Millionen Mark reduziert wird und somit 383 Millionen Mark verschwinden, so wird bei einem Zinsfuß von 5 Prozent dem Lande eine Steuer von 18 bis 19 Millionen Mark jährlich erspart. Es wird aber noch mehr erspart, denn die Banken betrauten zur Erleichterung ihrer Arbeit „feine“ Häuser mit ihrer Vertretung und diese gaben die Kredite an kleinere Geschäftsmänner weiter unter Abzug einer Provision; veranschlagen wir diese auf ¼ Prozent, so macht das im Jahre bei einem viermaligen Umlaufe 1 Prozent. Auch diese Steuer wird dem Lande erspart bleiben. Durch eine solche Einschränkung des Notenumlaufes wird nicht etwa die Industrie in ihrem Kredit beschränkt, sondern der Kredit wird dadurch auf dasjenige Maß zurückgeführt, welches gar nicht überschritten werden darf, ohne solche Katastrophen herbeizuführen, wie sie augenblicklich noch bestehen. Dieser übermäßige Kredit, der lediglich auf eingebildeten Werten beruht, ist die Ursache, warum von Zeit zu Zeit in so alter Weise Handelskalamitäten bei uns auftreten. Es ist eine Redensart, daß die Industrie um so mehr schaffen kann, je mehr Kredit sie hat. Die Industrie kann nicht mehr schaffen, als konsumirt wird; die Konsumtion ist die richtige Begrenzung der Produktion; der übermäßige Kredit ist nur ein Anreiz zur Spekulation. Die Durchführung der Betriebskapitalien auf das baar vorhandene Geld ist eine wirtschaftliche Nothwendigkeit, mit der wir in diesem Gesetze den Anfang machen müssen, ohne uns durch hohe Reichspolitik und Prinzipienerei davon abhalten zu lassen. Ich kann es nicht unterlassen, auf die schwankende Haltung des Abg. Lascher aufmerksam zu machen. Als es sich um preussischen Abgeordnetenkaufes darum handelte, ob man den geheimen Preßfonds bewilligen sollte, hat Abg. Lascher trotz der berühmten Rede des Abg. Richter erklärt, der Theorie nach sollte man den Fonds nicht bewilligen, aber aus praktischen Gründen, um jede Verstimmung mit der Ministerbank zu vermeiden, stimmte er mit einem großen Theil seiner Fraktion für den Fonds. Heute macht er es umgekehrt. Es hält die indirekte Kontingentierung für überaus praktisch, aber prinzipiell besteht er doch auf einer Reichsbank. Der Zustand in Deutschland hat sich in letzter Zeit bedeutend verschlechtert; die rapide in die Höhe gegangenen Arbeitslöhne sind in letzter Zeit wieder gefallen, die Preise der Lebensmittel aber sind auf der früheren Höhe geblieben; daraus ist all das soziale Elend entstanden, welches wir in Deutschland sehen. Eine solche große Kreditgewährung über das Baarvermögen des Landes hinaus, verleitet die Industrie zur Spekulation. Ich kenne Eisenhütten, welche den zeitweiligen hohen Preis von 70 Silbergrößen pro Zentner Roheisen für einen dauernden hielten, der sogar noch der Steigerung fähig wäre. Sie häuften ihre Produkte auf und haben jetzt bei einem niedrigen Preise von 40-50 Sgr. die Produktion von 1-1½ Jahren hoch verpfändet auf dem Halbe; sie haben ihre Arbeiter entlassen müssen und dadurch ist wieder das soziale Elend hereingebrochen. Unsere ungünstige Handelsbilanz hat schon einen Goldabfluß herbeigeführt, so daß die Besorgnis erweckt wird, ob wir nicht erst dann zur reinen Goldwährung gelangen, wenn unser letztes Goldstück über die Grenze gegangen ist. Wir können unseren Kredit nur durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit vermehren; die Franzosen sind seit dem letzten Kriege sparsamer geworden und der Größentheil ist verschunden; bei uns dagegen zeigt sich in neuester Zeit der Größentheil; keiner will mehr soviel arbeiten wie früher: wir haben die Beamten vermehren müssen, wir haben uns auf kolossale Unternehmungen eingelassen, ich erinnere nur an den Kulturkampf, von dem der Abg. Löwe gesagt hat, daß es uns beschiden sei, ihn für die ganze Menschheit durchzuführen. Ja, meine Herren, ich danke für die Bescherung, das kostet uns Arbeit, Zeit und Geld. Ich bin der Ansicht, daß wir in nächster Zeit den ungedeckten Notenumlauf noch weiter werden reduzieren müssen. Wenn die „Nationalzeitung“, für die ich mich besonders interessiere, weil der Abg. Lascher nur diese Zeitung liest, neulich einem Artikel über das Bankgesetz ge sagt hat, sie wolle von der französischen Bank und den Franzosen nichts wissen, so ist das eine alberne Redensart, die nicht auf objektiver Betrachtung beruht. Den Antrag Lascher halte ich für geschäftsordnungsmäßig unzulässig, es ist nicht thatfächlich, der Kommissionsberathung von vornherein einen Knebel aufzuhängen; mit einer Kommissionsberathung bin ich einverstanden und beantrage, daß die Kommission aus 21 Mitgliedern bestehen soll.

(Nachdem sodann der Abgeordnete Richter gegen die Reichsbank gesprochen, erklärt Fürst v. Bismarck: Der Vorredner hat behauptet, daß ich es versucht hätte, aus politischen Gründen eine Einwirkung auf die Höhe des Bankdiskontos auszuüben; ein solcher Versuch ist meinerseits weder bei der Zahlung der französischen Kriegskontribution noch sonst jemals gemacht worden.)

Abg. Sonnemann spricht darauf für die Reichsbank. Die weitere Debatte wird auf morgen (Mittwoch) vertagt. Den anschließenden Bericht über die hier nur angedeuteten Reden bringen wir in der nächsten Hauptnummer.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. November.

— Ein Berliner Korrespondent des „Eas“ liefert einen Beitrag zur Affäre Armin, indem er schreibt:

Vor weniger als fünfzehn Monaten kam von der Pariser Bottschaft ein Courier mit Briefschaften in das Ministerium des Aeußern nach Berlin. Unter diesen Briefschaften befand sich aber auch ein an den Kaiser gerichtetes Schreiben, dessen Adresse mit Armin's eigener Hand geschrieben war und das wahrscheinlich nur aus Versehen unter jene Sendung geriet, statt besonders befördert zu werden. Der Brief wurde dem Reichskanzler übergeben, der ihn auch sofort persönlich an seine Adresse abgabte. Der Kaiser übernahm den Brief und las denselben für sich in Gegenwart des Reichskanzlers. Da fragte Bismarck, zum Kaiser gewendet: „Darf der Kanzler wissen, was der Pariser Botschafter Eurer Majestät zu berichten für nöthig hat?“ „Es sind dies Privatangelegenheiten“, antwortete der Kaiser. „Von diesem Augenblicke“, schreibt der Berliner Korrespondent, „begann die Fehde zwischen Kanzler und Botschafter.“

Wir überlassen natürlich dem polnischen Blatte die Verantwortung für seine Mittheilung.

— Die Richtigkeit der Mittheilung holländischer Blätter, daß Fürst Bismarck während seines jüngsten Aufenthalts im Lauenburgischen das Gut Sill bei Sillbein angekauft habe, wird der „Post“ bestätigt. Dagegen hört dieselbe, daß eine andere auf den Reichskanzler bezügliche Nachricht, welche der „Altonaer Merkur“ berichtet, jeder thatfächlichen Begründung entbehre, nämlich die sich auf den projektirten Bau eines umfangreichen Schlosses bezieht, wozu die Pläne zu entwerfen ein Hamburger Architekt vom Fürsten beauftragt worden sein sollte. Von dem Bau eines Schlosses ist gar nicht die Rede, weder von dem eines umfangreichen, noch sonst eines Palais. Vielmehr wird, dem Vernehmen nach, das einfache Wohnhaus, das zu der Lauenburgischen Besitzung des Kanzlers gehört und bisher vermietet gewesen, eingerichtet, um erforderlichen Falls von dem Fürsten und dessen Familie bezogen zu werden.

Neumark (Westpr.), 15. November. Wie das Pölsner kirchliche Blatt „Bicarym“ mittheilt, haben auf der hieselbst unter dem Vorfige des Reg.-Schulrath Dr. Schults-Marienwerder stattgehabten Lehrerkonferenz neun und siebenzig Lehrer gegen einen erklärt, daß die bekannte Instruktion des Oberpräsidenten bezüglich des deutschen Unterrichtes in einflässigen polnischen Schulen platterdings unausführbar sei. Der „G.“ bemerkt dazu: Während so die Lehrer überall derartige Erklärungen abgeben, verfügt die Regierung

in Marienwerder flott weg empfindliche Ordnungsstrafen gegen die Lehrer, welche jener „Instruktion“ nicht genügt haben. Die Mißthimmung unter den Lehrern ist, wie man uns vielfach mittheilt, groß.

Salda, 15. November. Die „Germania“ schreibt: „Heute Morgen wurde der aus den Kreisen Fulda, Hünfeld und Hersfeld ausgewiesene Domkaplan Weber von hier in dem zur Dompfarrei gehörigen Füllort Dietersbach von einem Gensdarmen arretrirt und über die Grenze in der Richtung nach Schliß (Großherzogthum Hessen-Darmstadt) transportirt. Der betreffende Exekutivbeamte hatte sich im nahen Gehölze verborgen gehalten und von diesem Versteck aus aufgepaßt. Die eigentliche Verhaftung fand aber erst nach beendigtem Gottesdienste in einem Bauernhause statt. So wären denn die beiden Ausgewiesenen unserer Diözese glücklich über die Grenze geschafft.“

Bern, 14. November. Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, hat der Ständerath dem Nationalrathsbeschlusse, betreffend 45tägige Dauer des Rekrutendienstes doch noch beigestimmt. Damit wäre denn das neue Militärgesetz zum Bundesbeschlusse erhoben und es dürfte daher angezeit erscheinen, dessen Hauptpunkte hier kurz zu resumiren. Die Ziele des neuen Gesetzes bestehen in folgendem Programm: 1) Strenge Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch gehörige Ordnung in der Rekrutierung und der ärztlichen Untersuchung, Beschränkung der Dienstenthebungen; 2) sachgemäße Eerabtheilung gegenüber der jetzigen auf die zufälligen Skalarverhältnisse begründeten; 3) angemessenere Organisation der einzelnen Truppenteile, Neubildung des Sanitäts- und Verwaltungswesens; 4) Borsorge für eine bessere Auswahl zu Offiziers- und Unteroffiziersstellen, feste Zuteilung der höheren Offiziere zu den Truppenkörpern, Ausscheidung der kommandirenden und Generalstabs-Offiziere; 5) Organisation des Generalstabs; 6) verbesserter Unterricht für Mannschaft und Offiziere; 7) Eintheilung der Armee in Territorial- Divisionen, Zusammenhang dieser Eintheilung mit der Instruktion, Inspektion und dem Kriegsmaterial; 8) Beilegung der Offiziere an der Verwaltung des Heeres durch Aufsicht über den personellen Bestand, Inspektion des Personellen und Materiellen; 9) Zuteilung des Kriegsmaterials an die Corps und sachgemäße Ordnung des bisherigen Verhältnisses zwischen Bund und Kantone; 10) Sorge für gehörigen Unterhalt des der Mannschaft abgegebenen Materials an Bewaffnung und Bekleidung; 11) Sicherung des Pferdebedarfes im Kriegsfalle, Hebung der Kavallerie durch Beilegung des Bundes bei der Pferdeanschaffung; 12) Ordnung des Kriegsbetriebs der Eisenbahnen; 13) genauere Normirung des Verhältnisses zwischen den politischen Behörden und dem Oberbefehlshaber der Armee; 14) Ordnung der Soloverhältnisse, und endlich 15) Organisation der Beamten der Militär-Departements. Laut den Uebergangsbestimmungen, welche von beiden Räten genehmigt worden sind, wird der Auszug des Bundesheeres unter Beobachtung des neuen Gesetzes im Jahre 1875 aus der in den Jahren 1843-1855 geborenen Mannschaft, die Landwehr aus derjenigen der Jahrgänge 1831-1842 gebildet werden. Die Dragoner- und Guiden-Rekruten, welche im Jahre 1875 zur Eintheilung kommen, werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes beritten gemacht.

Paris, 15. November. Die offiziellen Journale berichten heute mit vieler Ostentation, daß die Regierung vorläufig gar nicht daran denke, die Aufhebung des Belagerungszustandes in irgend einem der Departements, in welchem er noch herrscht, zu beantragen, ferner, daß auch kein neues Preßgesetz vorbereitet werde. „Moniteur“ fügt hinzu, daß man im Ministerium des Innern gegenwärtig nur mit den laufenden Verwaltungsangelegenheiten beschäftigt sei und erst das Ergebniß der Municipalratswahlen abwarten wolle, ehe man in den erwähnten Punkten eine Entscheidung fasse.

In den Vorbereitungen für die auf den 22. resp. 29. Novbr. anstehenden Gemeindevahlen haben die Republikaner gewohntermagen einen bedeutenden Vorsprung vor den Konservativen. Es gilt dies namentlich von Paris, wo die radikale Partei schon in allen Arrondissements ihre Komite's gegründet, ihre Kandidaten aufgestellt hat. Mehrere gemäßigtere Republikaner und unter ihnen selbst Hr. Baudrain, der bisherige Präsident und das einflußreichste Mitglied des pariser Gemeinderathes, haben sich, durch die „Vordringlichkeit“ der Radikalen verstimmt, vom Kampffeld zurückgezogen. Auf konservativer Seite bringt jetzt die „Union“ die Wiedererweckung des pariser Bundes in Anregung, welcher in den Abgeordnetenwahlen vom Sommer 1871, unmittelbar nach den Schrecken der Kommune, allerdings der reaktionären Sache gute Dienste geleistet hat. Einige Blätter, wie „La Presse“, „Gazette de France“, „Patrie“ und „Gaulois“, gehen auch auf den Vorschlag ein; andere aber, wie „J. de Paris“, „Leberé“, „France“ und „Ordre“, weisen ihn zurück, und bekräftigen damit nur noch einmal, daß die monarchischen Parteien sich nicht einmal mehr zum Kampfe gegen die Republikaner untereinander verständigen können.

Aus Rhon, 13. November, berichtet die „Corresp. Havas“: „Vor einigen Tagen entliehe sich ein armer Soldat aus Nummer über seine jerrütteten Familienverhältnisse. Die Geistlichkeit verweigerte ein christliches Leichenbegängniß. Am ihrem Kameraden die letzte Ehre zu erweisen, beauftragte eine Abtheilung Soldaten den Verstorbenen auf seinem letzten Gange und ein Kamerad trug dem Zuge ein höheres Kreuz voraus, während die Anderen das Miserere sangen. Auf dem Friedhofe angekommen, widersetzte sich die Geistlichkeit der Beisetzung in dem katholischen Theile, obgleich das Grab schon gegraben und besetzt war. Wohl oder übel saßen sich die Soldaten gezwungen, in einem für die Protestanten und (1) Selbstmörder bestimmten Theile des Friedhofes ein Grab zu graben und den Verstorbenen dorthin zu beisetzen. Das Auftreten der Geistlichkeit hat unter der Garnison viel böses Blut gemacht, zudem man sich nur zu gut erinnerte, daß bei Gelegenheit des Beerdigungsfalles des ehemaligen Ministers Dula die Geistlichkeit weniger Skrupel zeigt hatte.“

Madrid, 8. November. Wie schon erwähnt, hat Sagasta ein Rundschreiben an die Gouverneure der 49 Provinzen Spaniens erlassen. Dasselbe lautet seinem wesentlichen Inhalte nach, wie folgt:

Spanien, von zwei Bürgerkriegen in seinen staatlichen, ökonomischen und sozialen Zuständen tief jerrüttet, von politischen Parteien (partidarios) zerissen, die ihre Fühne nicht immer der großen nationalen Unterordnung, darf heute, weder rechts noch links blickend, nichts Anderes anstreben, als die Wiederherstellung seiner Einheit, seiner Ehre, seiner Wohlfahrt; all dasjenige, was die Konzentration der Regierungsmittel zur Erreichung gedachter Ziele schwächen oder stören könnte, ist ein Verbrechen an der Nation, an dem Lande. Die Nation hat alle Opfer an Menschen und Geld gebracht, welche die gegenwärtige Regierung von ihr gefordert hat; damit hat die letztere der letzteren sich anvertraut, und letztere hat die heilige Verpflichtung, Staat und Volk aus dem gegenwärtigen Nothstande heraus einer beruhigenden, hoffnungreichen Zukunft anzuführen. Für diese Endpunkte wird die Regierung nach bestem Wissen und Gewissen von ihrer Diktatur vollen Gebrauch machen; sie wird nie aus den Augen verlieren, daß sie den nächsten Fortes strenge Rechenschaft abzulegen hat.

und diese nächsten Kortes sind es auch, welche über die definitive Staatsform entscheiden werden. Aber bis die inneren Zustände des Landes die Einberufung der Kortes gestatten (kaum früher möglich, als bis der Karismus auf bedeutend geringere Dimensionen reduziert ist), wird die Regierung weder das Verdrängen irgend einer politischen Partei, noch eine Aenderung an dem gegenwärtigen Staatsregime gestatten, und wehe allen Jenen, die einen solchen Versuch unter Störung der öffentlichen Ordnung wagen wollten.

Die ausgeprochenen Drohungen sind gegen die Altonischen gerichtet und werden, wie es heißt, allgemein gebilligt. Das Rundschreiben erregt in Spanien natürlich großes Aufsehen, da es ziemlich deutlich zu verstehen giebt, daß vorläufig an ein „Ministerium der Versöhnung“ nicht zu denken ist, daß vielmehr die gegenwärtigen Minister so lange als möglich ihren Posten zu behalten wüßten sind.

London, 14. November. Von Gladstone's Broschüre über die vatikanischen Dekrete und die Staatsbürgerpflicht ist bereits die zweite Auflage erschienen und in 6000 Exemplaren verkauft worden. Solche Verbreitung einer Broschüre ersten politischen Charakters dürfte seit Menschengedenken nicht dagewesen sein. Eins der ersten Exemplare soll der Verfasser dem Fürsten Bismarck überhandt haben. In Irland hat die Broschüre den meisten Absatz gefunden, von dort aus wird sie auch zumeist belämpft. Die Tory-Presse verhält sich der Broschüre gegenüber äußerst merkwürdig, „Standard“ erklärt sich mit den Ausführungen selbstverständlich einverstanden, hält aber die Veröffentlichung des Werkes ohne direkten Anlaß in jetziger Zeit für nicht opportun. Warum?

Sokales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

Die meisten unserer städtischen Schulhäuser genügen bekanntlich weder in Bezug auf Räumlichkeiten noch auf Einrichtungen, den Bedürfnissen der Gegenwart und liegt demnach, wie wir hören, in maßgebenden Kreisen die Absicht vor, zwei neue große Schulgebäude mit einem Kostenaufwande von c. 150,000 Thlr. zu errichten. Diese Angelegenheit wird demnächst an den Magistrat, und alsdann an die Stadtverordnetenversammlung verwiesen.

Der Ober-Regierungsrath Bergenroth hieselbst ist an Stelle des nach Oppeln versetzten Ober-Regierungsraths Raffel vom 17. Provinziallandtage zum vorstehenden Direktor der Landarmendirektion der Provinz Posen gewählt, und als solcher bestätigt worden.

Die Ernennung des Regierungsraths Graaf in Bromberg zum Präsidenten der Regierung der Hohenzollern'schen Lande (an Stelle des pensionirten Präsidenten von Blumenthal) hat, wie dem „Frl. 3.“ geschrieben wird, in Hohenzollern große Freude erregt. Graaf gehörte früher lange Jahre der Hohenzollern'schen Regierung an, und hat sich in dieser Stellung allgemein beliebt gemacht. Da auch dort die kirchlichen Wirren mehr und mehr überhand nehmen, hebt man es als besonders erfreulich hervor, daß der neue Regierungspräsident, ein freisinniger Katholik, der in gemischter Ehe lebt, entschieden der liberalen Richtung zugehört ist.

Der Postgehilfe Paul Richard Samuel Mielke aus Nees (Kr. Arnswalde), 17½ Jahre alt, ist in der Nacht vom 15. bis 16. d. M. heimlich von Nees entwichen, hat in Stargard viel Geld gestohlen und ist der Unterschlagung amtlicher Gelder dringend verdächtig. Er wird flehentlich verfolgt.

Wie die „Hess. Morg.-Bl.“ aus Fulda meldet, sind in der Nacht vom 14. zum 15. November dem Seminardirektor Schröter, welcher im Schullehrer-Seminar seine Dienstwohnung hat, unter Schreien und Schimpfen die Fenster von Glaubenskämpfern eingeworfen worden. Von welcher Seite gegen den Seminardirektor gehandelt worden ist, das zeigt die von uns heute mitgetheilte Korrespondenz der „Germania“. Die Angriffe der Ultramontanen sind voller Gefährlichkeit, aber man darf annehmen, daß die heimlichen Hegezeiten, welche nicht an das Tageslicht der Presse treten, noch weit gefährlicher und vollständiger geeignet sind, eine blindgläubige Masse zu fanatisiren. Die geistigen Urheber solcher Ausschreitungen sind natürlich nicht zu fassen.

In Folge der Aufhebung der Maltz- und Schlachtsteuer als Staatssteuer treten vom 1. Januar 1875 ab im Verwaltungsbereich der Provinzial-Steuer-Direktion zu Posen folgende Veränderungen in der Organisation der Steuer-, Sebes- und Aufsichtsbezirke ein:

I. Das Hauptsteueramt zu Chodziez wird aufgehoben und an dessen Stelle ein Untersteueramt dafelbst errichtet, welches den Spezial-Sebesbezirk des bisherigen Hauptsteueramts Chodziez umfaßt. Von dem bisherigen Bezirk des Hauptamtes zu Chodziez werden: 1) Der Oberkontrollbezirk Chodziez mit dem Sebesbezirk der Steuerämter zu Chodziez, Margonin und Schneidemühl, sowie der Oberkontrollbezirk Wągrowitz mit den Sebesbezirken der Steuerämter zu Wągrowitz und Schöden dem Hauptsteueramt zu Bromberg; 2) der Oberkontrollbezirk Gornikau mit den Sebesbezirken der Steuerämter zu Gornikau und Schönlanke dem Hauptsteueramt zu Posen zugetheilt.

II. Im Bezirk des Hauptsteueramts zu Lissa wird: 1) Der Oberkontrollbezirk Fraustadt dem Oberkontrollbezirk Lissa zugetheilt; 2) der Sebesbezirk des Steueramts zu Gostyn von dem Oberkontrollbezirk Schrimm abgetrennt und dem Oberkontrollbezirk Ramisch zugetheilt.

III. Der Oberkontrollbezirk Ostrowo im Bezirk des Hauptamtes zu Stalmierz wird dem Oberkontrollbezirk zu Krotoschin zugelegt.

IV. Das Hauptamt zu Białobrzeg wird aufgehoben und an Stelle desselben ein Nebenamt I. Klasse dafelbst errichtet, welches in Bezug auf die Erhebung der Steuern den Spezial-Sebesbezirk des bisherigen Hauptamtes umfaßt. Der ganze Bezirk des bisherigen Hauptamtes zu Białobrzeg wird dem Bezirk des Hauptamtes zu Stalmierz einverleibt. V. Im Bezirk des Hauptamtes zu Stralsund wird: 1) Der Oberkontrollbezirk Moailno aufgehoben und von demselben der Sebesbezirk des gleichnamigen Steuer-Amtes, dem Oberkontrollbezirk Inowrazlaw, der Sebesbezirk der Steuerrezeptur zu Rogowo dem Oberkontrollbezirk zu Gnesen zugelegt; 2) der Sebesbezirk der Steuerrezeptur zu Gnieznowo unter Eintheilung dieser Amts-Stelle dem Sebesbezirk des Steueramts zu Inowrazlaw zugetheilt.

Die Klassensteuer wird, wie bereits mitgetheilt, bei der sehr bedeutenden Anzahl von Zensiten (ca. 14,000) in von einander getrennten Klassenlisten von drei Klassensteuererhebungen einbezogen werden, die auf Tantieme gestellt werden sollen. Voraussetzungen dürfte sich das Einkommen derselben auf ca. 4000 Mark jährlich belaufen, und in auch dieser Betrag in dem Entwurf zu dem Kammerkassenetat pro 1874 für den angegebenen Zweck ausgetheilt.

Zur Ausführung der Kirchengesetze. Der Vikar R. hieft in Samter war wegen wiederholter unbefugter Vornahme von Amtshandlungen am 3. d. aus der Provinz Posen ausgewiesen worden. Er kehrte jedoch bereits am nächsten Tage wieder nach Samter zurück und nahm von Neuem geistliche Handlungen vor. In Folge dessen wurde er verhaftet und ihm aufgegeben am 13. d. die Provinz zu verlassen, widrigenfalls er zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt werden würde. Auf die Vorstellung des Vikars, daß er am 16. d. einen Termin wegen Uebertretung der Kirchengesetze habe, wurde ihm der Aufenthalt bis zu diesem Zeitpunkt gestattet. In dem Termine lautete das Urtheil des Gerichtshofes auf 550 Thlr. Geldbuße ev. 36 Wochen Ge-

fängnis. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die sofortige Inhaftirung des Vikars ausgesprochen.

r. Der Geistliche Sołtyński aus Chruszowo, Kr. Inowrazlaw, durch Enttennung vom 23. Juni 1874 wegen wiederholter unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen in 9 Fällen mit 3 Wochen Gefängnis bestraft, wird durch das Kreisgericht Krotoschin flehentlich verfolgt.

r. Das Vermögen der erledigten katholischen Pfarrstelle zu Olsob (Kr. Adelnau) ist mit Beschlag belegt, und der Wüthensberger Th. Wapowski zu Olsob zum Verwalter derselben bestellt worden.

Auf der Ostbahn sind im Monat September d. J. 6 Entgleisungen von Bahnzügen und 2 Zusammenstöße vorgekommen, bei denen jedoch Personen nicht verletzt wurden. Dagegen sind 4 Verlegungen bei der Bahn beschäftigter Arbeiter, 1 Tödtung und 2 Verlegungen fremder Personen, die nicht gleichzeitig Passagiere waren, endlich die Tödtung einer Person, die den Tod freiwillig suchte, vorgekommen, welche sämmtlich nicht eine Folge von Betriebsereignissen waren. Bei der Tödtung-Jägerburger und der Däpreusischen Südbahn kamen weder Entgleisungen, noch Zusammenstöße, noch Verlegungen vor. In demselben Monat verpäteten auf der Ostbahn 4 Courier- und 8 Personenzüge, und zwar die Courier- und Schnellzüge durchschnittlich um 21, die Personenzüge durchschnittlich um 31 Minuten; außerdem verpäteten noch 3 gemischte Züge über 30 Minuten.

XX. Frankfurt, 15. Novbr. [Ballnähse. Wochenmarkt. Stenographie.] Wohl selten wird man in einer Stadt so viel Kuchbäume in so auffallender Weise vorfinden, als gerade in der unfern. Sämmtliche Privat- und öffentliche Gärten, Promenaden und Straßen in und um die Stadt, sind in Massen mit diesem Baume bewachsen. In diesem Jahre war das Ergebnis der Wollmugerte ein äußerst gutes, und beläuft sich der Ertrag auf etwa 10,000 Schock. Man zählt pro Schock 2½ Sgr., das sind in Summa 833 Thlr. 10 Sgr. Die hier anstehenden Obsthändler suchen die Kisse anzukaufen, um sie wieder an andere aus Berlin, Stettin, Wersau u. abzugeben. Ein Stettiner Engrossthändler versendet dieselben wieder nach überseeischen Ländern. — Der Wochenmarkt am 12. d. hatte nicht bedeutende Zufuhren an Getreide, und sind die Preise dieserhalb wieder etwas in die Höhe gegangen. Man zahlte pro Sack: für Weizen 5 Thlr. 10 Sgr. bis 5 Thlr. 20 Sgr., für Roggen 4 Thlr. 20 Sgr. bis 4 Thlr. 22½ Sgr., für Gerste 4 Thlr. 10 Sgr. bis 4 Thlr. 12½ Sgr., für Hafer 3 Thlr. bis 3 Thlr. 5 Sgr. Auch waren seit langer Zeit nicht mehr so viel Fische zu Markte gebracht, als eben gestern. Dieselben werden zum größten Theile in den Seen bei Jigen, Stadel, Dommit und Luchwitz aufgefungen. Trotzdem die Preise stets eine bedeutende Höhe einnehmen, sind sie gestern bis zur Hälfte herabgegangen. — Herr Lehrer Akt an der hiesigen Königl. Realschule hat seit Kurzem einen stenographischen Lehrkursus nach Stolze'schem System eröffnet, an welchem sich bis jetzt 10 Schüler betheiligen.

W. Schrimm, 14. November. [Aus der jüdischen Gemeinde.] Der Sieg der Kultuspartei bei der vor einiger Zeit stattgefundenen Repräsentantenwahl in der hiesigen jüdischen Gemeinde wird von der alten Partei noch immer schwer getragen. Es werden seit dieser Wahl, wo es nur angeht, Gelegenheiten gesucht, um sich an Mitgliedern der Kultuspartei zu reiben. Bei der Donnerschlag den 12. d. M. stattgefundenen Repräsentanten-Sitzung arketen die Gefährlichkeiten einzelner Mitglieder der alten Partei sogar in Thätlichkeiten aus, wobei das Mitglied der Kultuspartei S. H. von dem Korporationsvorsitzer B. mehrere Schläge theils mit der Hand und theils mit dem Stöckel über Gesicht und Kopf erhielt, daß der Stabsarzt Dr. Fricke konsultirt werden mußte. Diese unbesonnene That des B. an einem alten, ehrwürdigen Mitgliede des Korporations-Vorstandes, dem er seit 25 Jahren angehört, hat eine allgemeine Entrüstung unter der Kultuspartei hervorgerufen. Diese That zeigt aufs Neue, welcher Art die Zustände der hies. jüdischen Gemeinde sind und es wäre daher sehr zu wünschen, wenn eine baldige Befestigung der neugewählten Repräsentanten von Seiten der Regierung erfolgte, um die Leitung der Gemeindeangelegenheiten in ruhigen, besonnenen Händen, frei von allem Parteigeist, zu wissen. Sollte die Befestigung nicht erfolgen, so steht ein Massenaustritt aus dem Judenthume bevor. Vereinzelt Austritte stehen jetzt schon an der Tagesordnung, so ist in voriger Woche wiederum der Kaufmann D. Keisner ausgetreten.

(a) Stenschevo, 17. November. Auf dem heute hier abgehaltenen Jahrmärkte ist der Hauptdieb in der Saufischen Diebstahlsache Stanislaus Michalak aus Kobylepole von dem Gendarm Sonnenburg aus Posen verhaftet worden. Außer einer Summe Geldes (8 Thlr.) und einer silbernen Cylinderuhr mit goldener Kette wurde bei ihm ein sechsflügeliger scharfgeladener Taschenschloßrevolver vorgefunden. Michalak wurde alsbald nach Posen transportirt, wo er bei der Polizeibehörde abgeliefert wurde. Somit sind jetzt alle vier Verbrecher eingekerkert.

Schneidemühl, 15. November. [Opfer u. Stolzgebühren.] In der letzten kürzlich stattgefundenen Sitzung des hiesigen evangelischen Kirchenraths und Gemeinderespräsentanten wurde beschloffen, die kirchlichen Opfer an den hohen Festtagen für den Prediger und den Kantor in Wegfall zu bringen und die betreffenden Beamten mit einem Fixum zu entschädigen. Auch die übrigen Opfer (bei der Abendmahlsfeier, den Taufen, Trauungen u.) so wie die Stolzgebühren sollten aufgehoben werden.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Preussische Hypotheken-Aktien-Bank. Die Genehmigung zu der Erhöhung des Grundkapitals um 1 Million Thaler ist nunmehr seitens des Ministeriums eingegangen und kann in Folge dessen mit Emission der 5000 Aktien à 200 Thlr. vorgegangen werden. Es wird, wie aus der betreffenden Anzeige zu ersehen ist, den Aktionären auf je eine alte Aktie eine neue Aktie zum Course von 105 pCt zur Verfügung gestellt und ist das Bezugsrecht vom 21. bis 31. Dezember c. bei gleichzeitiger Einzahlung von 15 pCt. = 30 Thlr. pr. Aktie geltend zu machen. Die Restzahlung von 90 pCt. = 180 Thlr. pr. Aktie ist bis zum 15. Januar f. J. bei der Bankkassette in Berlin, wo auch die oben erwähnten 15 pCt. einzuzahlen sind, zu leisten.

Vermischtes.

* Der Berliner Witz verleugnet sich nie. Webers „Euryanthe“ nannte er die Cantharte, Wiersch's „Faublas“ bezeichnete er als faux pas und an Tauberte, „Cesar“ hat er sich auch schon versucht. In den Korridoren des Opernhauses hörte man bei der ersten Vorstellung folgenden Dialog: „Wissen Sie schon, warum die Oper Caesar heißt?“ — Nun, warum denn? — Weil sie nicht ist, „Was Ihr wollt.“ — Ferner hat der Berliner Witz die Erblande Sr. Majestät um eins vermehrt. Nach Analogie von Altmark, Rurmark und Neumark hat nämlich der Berliner die im Entstehen begriffene Provinz Berlin die Steuermark benannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene fremde vom 18. November.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Freiherr von Willamowitz Möllendorf aus Marlowitz, von Kalkreuth aus Weiskensee, von Goredorf aus Baudwitz, Graf Dobna aus Regnitz, von Eufendorf aus Neubaus, von Sander aus Garbice, von Sanger aus Grobia, von Schenk aus Kawentin, Rentier Baron von Voelen aus Gotscha, General-Major von Knobelsdorf aus Regnitz, Landrath von Kalkreuth aus Stargard, Landrath Stadt und Frau aus Dobornitz, Königl. Domainenpächter Student aus Albrechtshof, Prem.-

Lieutenant von Brinz aus Posen, Direktor Schwemer aus Berlin, Direktor Weidelsohn aus Breslau, die Kaufleute Kuppel aus Stettin, Betsche aus Berlin, Cannburg aus Frankfurt a. M., Roblinski aus Breslau, Kränkel aus Berlin, Bedfort aus Sheffield, Wagner aus Greib, Bernhardt und Berner aus Breslau.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Halama aus Dresden, Charles Boreuse aus Berlin, Bahrendorf aus Hannover, Broch aus Wien, Springer aus Berlin, Anfrichtig aus Breslau, Hiller aus Breslau, Ingenieur Matzke aus Berlin, Rittergutsbesitzer Fischer aus Berlin, Ingenieur Stürmer aus Mielowitz, Professor Dr. Freund aus Breslau, Ober-Polizeipostler Fischer aus Stalmierz.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Rabbiner Hollander aus Breslau, die Rittergutsbesitzer von Jaraczewski aus Jaraczewo, Julian von Sulchinski aus Homiaz, v. Kojutski aus Gnesen, v. Radomski aus Mendorf, die Kaufleute Seligsohn aus Samosyn, Müller aus Berlin, Fabrikant Held aus Magdeburg.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Gutsbesitzer Klog nebst Frau aus Garbinowo, Post-Inspektor Schröder aus Posen, Königl. Domainenpächter Burghardt aus Weglewo, Rentier von Jaraczewski aus Wągrowitz, Hotelbesitzer Wolter aus Bentschen, die Kaufleute Friedmann aus Hamburg, Retrich aus Bromberg, Wehr aus Nauenberg, Neuenberg aus Bromberg, Damm aus Berlin.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Wilson aus Strassburg in Wehr, Fändler aus Rogasen, Weiran aus Lipno Bauanführer Wehr aus Hamburg, Lehrer Balbin aus Schmiedel, Kaufmann Naag und Frau aus Stargard i. Pommern.

GRATZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Die Kaufleute Kobiski aus Stettin, Strud aus Könnau auf der Insel Bornholm, Schneider aus Barckau, die Gastwirthe Kempner aus Grubinski, Boer aus Put, Pferdebändler Rabersti aus Bomm, Fräulein Heide aus Tilsit, Gerbereibesitzer Kühne aus Kurbien.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Berlin, 17. November. Gutem Vernehmen nach sind die mündlichen Verhandlungen gegen Graf Arnim vom Stadtgericht auf den 9. Dezember und die folgenden Tage verschoben worden. — Der frühere Oberkirchenrathspräsident Geheimrath Matthis ist in der letzten Nacht gestorben.

Rom, 17. November. Fünfhundert definitive Wahlergebnisse sind bekannt, acht noch ausständig. 284 Kandidaten der Rechten, 216 der Linken sind gewählt worden.

Konstantinopel, 17. November. Die an der Ermordung von Montenegro bei Podgoritz besonders betheiligten zweiunddreißig türkischen Unterthanen wurden zu zwanzigjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

(Eingefandt.)

Die Arbeiten auf den verschiedenen kommunalen Gebieten, welche in der nächsten Zeit an die Stadtverordneten-Versammlung zur Erledigung gelangen, machen es notwendig, nur solche Männer als Stadtverordnete zu wählen:

- 1., die neben der vollen Befähigung zu diesem Amte auch bereit sind, ihre Kräfte und die nöthige Zeit zur Erfüllung der übernommenen Pflichten zu opfern;
- 2., die nicht Neigung besitzen, politische Fragen in die Versammlung hineinzutragen, um dadurch Störungen herbeizuführen, und von den wirklichen Obliegenheiten abzulassen;
- 3., die den festen Willen haben, die nach jahrelangen Kämpfen erzielten Erfolge, z. B. im kommunalen Schulwesen, nicht wieder in Frage stellen zu lassen, sondern auf der Bahn des humanen Fortschrittes weiter arbeiten wollen.

Darum Einigkeit und keine Zersplitterung! Festen Anschluß an den deutschen Wahlverein!

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 17. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November und pr. November-Dezember 18½, pr. April-Mai 57 pCt. — Wf. Weizen pr. Nov. 62, Roggen pr. November 53, pr. November-Dezember 51, pr. April-Mai 147½ pCt. — Rüböl pr. Nov.-Dez. 17½, pr. April-Mai 56 pCt., pr. Mai-Juni 57 pCt. — Zink 7½.

Bremen, 16. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 9 pCt. 55 pCt. Rubig.

Hamburg, 17. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine ruhig. Weizen 126 pfd. pr. November 1000 Kilo netto 189 pCt., 188 pCt., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 187½ pCt., 186½ pCt., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 187 pCt., 186 pCt., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 189 pCt., 188 pCt.

Roggen pr. November 1000 Kilo netto 162 pCt., 160 pCt., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 159 pCt., 158 pCt., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 157½ pCt., 156½ pCt., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 pCt., 152 pCt. Hafer fest. Gerste loco. Rüböl loco u. pr. November 54½, pr. Mai pr. 200 pfd. 57½. Spiritus still, pr. November u. pr. Dezember-Januar 45, pr. März-April 45½, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pCt. 45½. Kaffee fest, Umlag 2000 Sack. Petroleum loco fest, Standard white loco 9, 50 pCt., 9, 40 pCt., pr. November 9, 40 pCt., pr. Dezember 9, 55 pCt., pr. Januar-Dezember 9, 50 pCt.

Köln, 17. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter Regen. Weizen matter, hiesiger loco 7, 5, fremder loco 6, 22½, pr. November 6, 17, pr. März 18 pCt. 75 pCt., pr. Mai 18 pCt. 75 pCt. Roggen fest, hiesiger loco 6, 7½, pr. November 5, 11½, pr. März 15 pCt. — Wf. pr. Mai 14 pCt. 85 pCt. Hafer pr. März 18 pCt. 25 pCt., pr. Mai 18 pCt. 95 pCt. Rüböl blau, loco 9½, pr. Mai 31 pCt. Feindl loco 10½.

Liverpool, 17. November, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht). Umlag 15,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Fest, schwimmende voll ½ billiger.

Middl. Orleans 8½, middling amerikan 7½, fair Dhollerah 5½, middl. fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4½, fair Brooch 5½, new fair Domra 5½, good fair Domra 5½, fair Madras 4½, fair Bernam 7½, fair Smyrna 6½, fair Eyyan 8.

Glasgow, 17. November. Roheisen. Mixed numbers warrants 86 Sch. 9 d.

Manchester, 16. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 10, 20r Water Nicholls 11½, 30r Water Giblow 12½, 30r Water Clayton 13½, 40r Mule Mayall 12, 40r Mule Wilkin 13½, 36r Wapcops Qualität Rowland 13½, 40r Double Beston 13½, 60r Double Beston 16, Printers 11½, 11½, 8½ pfd. 117. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Antwerpen, 16. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen steigend, dänischer 25½. Roggen behauptet, inländischer 21½. Hafer unverändert, Petersburg 23½. Gerste stetig.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 23½ pCt. u. B., pr. Nov. 23 pCt. u. B., pr. Dezember 23 pCt. u. B., pr. Januar 24 pCt. u. B., pr. Januar-März 24 pCt. u. B.

Paris, 17. November, Nachmittags. (Produktenmarkt.) Weizen pr. November 25, 75, pr. Januar-April 25, 25. Mehl fest, pr. November 54, 75, pr. Januar-April 53, 25, pr. März-Juni 54, 00. Rüböl steigend, pr. November 73, 25, pr. Januar-April 76, 00, pr. Mai-August 77, 50. Spiritus matt, pr. November 52, 25. — Wetter: Regnerisch.

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Köstel) in Posen.